aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

67 November 2026 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

DOSSIER: GEN-Z PROTESTE

- **Wie bringen wir „Frankreich“ nach Deutschland?**
- **Frankreich: Auf dem Weg zum Generalstreik**
- **Belgien: Es brodelt gegen die Spar-Orgie**
- **Italien: Eine Streikwelle mit vielen Strudeln**
- **Serbien: Wahlsieg der „Studentska lista“!**
- **Österreich: Die Schockstarre ist durchbrochen**
- **Spanien wird explodieren**
- **Protestwelle breitet sich nach Griechenland aus**

ab Seite 2

INTERNATIONAL

USA: Trump abgewählt, doch nun kommt es auf die Bevölkerung an

Seite 9

DEUTSCHLAND

Die Linke Berlin: Sparhaushalt, aber sozial?!

Seite 10

REZENSION

Dokumentarfilm NAZA

Seite 11



GenZ liefert – auch auf Pappe!

Der Funke ist übergesprungen!

In ganz Europa gehen seit Wochen junge Menschen auf die Straße – und bei den GenZ-Protesten am 31. 10. auch endlich in Deutschland! Denn egal ob in Frankreich, Italien, Spanien, Serbien, Chile, Albanien, Griechenland oder bei uns: Der Kapitalismus hat nicht nur der jungen Generation jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft genommen und bietet als Entschädigung nur Rechtsruck und Krieg.

Doch gemeinsam mit der Jugend stehen überall Arbeiter:innen dagegen auf – und wir stehen solidarisch an ihrer Seite! Während in Frankreich oder Spanien sich allerdings bereits eine seit Monaten anhaltende Bewegung entwickelt hat, die am 5. 11. bei unseren Nachbar:innen sogar in einen Generalstreik mündete, stehen wir in Deutschland noch ganz am Anfang der Kämpfe. Das Dossier zu den GenZ-Protesten in dieser Aurora nimmt deswegen die Proteste in verschiedenen europäischen Ländern unter die Lupe und schaut, was wir aus den Kämpfen lernen können.

Während in Europa der Kampf auf der Straße stattfindet, zeigten die US-Amerikaner:innen bei den Midterm-Wahlen, dass sie die Politik der Regierung satt haben. Doch ob der Sieg der Demokraten wirklich nun die erhoffte Veränderung bringt, ist fraglich. Für die Menschen in Palästina vor allem ist er sicherlich bedeutungslos, denn das genozidale System, das der Film „NAZA“ offenlegt, wurde auch von den US-Demokraten mit aufgebaut. Wirkliche Veränderungen können nur Kämpfe bringen, die gemeinsam von der Jugend und den Arbeitenden auf die Straße getragen werden. Und von diesen wird es in nächster Zeit wohl viele geben! ! ■

Wie bringen wir „Frankreich“ nach Deutschland?

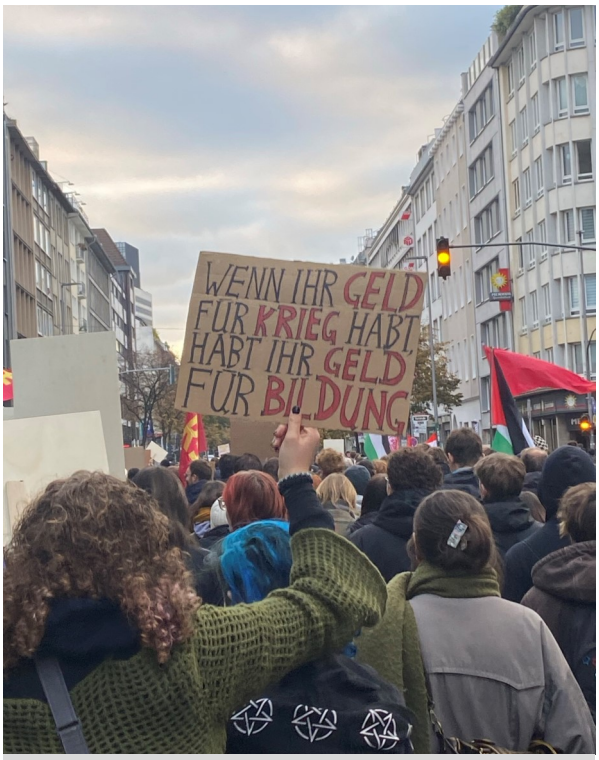
Die seit Wochen anhaltenden Jugendproteste in Europa sind mit den „GenZ-regelt“-Demonstrationen am 31. 10. nun auch endlich in Deutschland angekommen. Trotz der bürgerlichen Panikmache waren Zehntausende auf der Straße — auch wenn oft unklar war, wer überhaupt aufgerufen hatte. Wie kann aus der Initiative eine tiefgreifende Bewegung entstehen so wie in anderen Ländern?

Die Hetze und die Hysterie, die vor dem 31. 10. von Seiten der bürgerlichen Medien und Politiker:innen auf die „GenZ-regelt“-Bewegung niederprasselten, war beachtlich. Vor „bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen“ wie in Frankreich wurde gewarnt, massenhafte Plünderungen und brennende Gebäude wären unbedingte Folgen der Proteste. Um das zu verhindern, wollte die Junge Union Berlin am liebsten die Bundeswehr gegen die jungen Demonstrant:innen einsetzen, und der baden-württembergische Innenminister Manuel Hagel träumte davon, die Demos von vornherein ganz zu verbieten.

Eine schwer beherrschbare Dynamik

Klare Beweise dafür, dass die Herrschenden es mit der Angst zu tun bekommen haben: Sie fürchten eine große Protestbewegung wie in Frankreich, die sich nur schwer kontrollieren lässt. Von Anfang an war dabei unklar, wer hinter der Bewegung steht: Die ursprünglichen Initiator:innen von „GenZ-regelt“ wollten den Protest relativ spontan in den Städten Köln, Frankfurt am Main, Berlin und München auf die Straße bringen. Dabei waren ihre Forderungen durchaus bescheiden: Mehr Geld für Bildung und Umwelt oder Mitbestimmungsrecht der jungen Generation in Sachen Wehrpflicht. Auch von jeglicher Form der Gewalt distanzierten sie sich. 30 weitere Städte schlossen sich jedoch der Bewegung an. Dort wurden die Proteste lokal und unabhängig organisiert, oder es gab wie in Berlin zusätzliche Demonstrationen, die teils deutlich radikaler waren. Dadurch ist es auch nach dem 31. 10. schwierig, von einer „homogenen“ Bewegung zu sprechen – so beanspruchen zurzeit zwei Gruppen auf Instagram die bundesweite Koordination für sich.

> ›› Die eigentliche Gewalt geht nicht von den Jugendlichen aus, sondern von einem System, das ihnen durch Klimawandel und Armutsreformen jede Perspektive nimmt und stattdessen nur den Dienst im Krieg anbietet. ‹‹



Düsseldorf, 31. 10. 2026

Bundesweite Gemeinsamkeiten

Trotzdem können für viele Städte ähnliche Entwicklungen festgestellt werden. Die RSO war neben Berlin unter anderem in Mannheim, Düsseldorf, Bielefeld oder Hamburg auf der Straße. Diese Demos abseits der „ursprünglichen“ Städte der Initiative wurden meist von einer oder mehreren linken Organisationen organisiert und waren daher kein Ausdruck eines spontanen Jugendprotests wie in Frankreich. Doch es hat gefruchtet: Die Demonstrationen waren viel größer als vergleichbare Proteste der linken Szene. In Mannheim, Bielefeld oder Aachen gingen jeweils knapp 2.000 bis 3.000 Menschen auf die Straße (abgesehen vom 1. Mai in diesen Städten also eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre), auch in Berlin oder Hamburg gehörten die Demos mit weit über 5.000 Teilnehmenden zu den größeren Jugend-Protesten des Jahres. Überall in Deutschland waren Menschen anzutreffen, für die es die erste Demo-Erfahrung war. In vielen Städten war allerdings auch zu beobachten, dass vor allem Student:innen auf der Straße waren und weniger Schüler:innen. Trotzdem zeugen diese Zahlen vom enormen Potenzial der Proteste.

Woher kommt die Gewalt?

Eine andere traurige Kontinuität war die Brutalität der Polizei und des Repressionsapparats. Die vorangegangene Panikmache hatte zu skurrilen Reaktionen geführt, so verbarrikadierten mehrere Luxusläden auf der Düsseldorfer Königsallee oder dem Berliner Kudamm ihre Schaufenster. Die Staatsmacht wollte Bilder haben, die die Warnungen vor der „randalierenden Jugend“ rechtfertigten. Vor allem in Köln ging die Polizei mit äußerster Härte vor, verbot die friedliche Demonstration erst komplett und löste sie dann mit Wasserwerfern nach einer langen Einkesselung auf. Begründung waren „Vergehen“ wie Pyrotechnik oder Böller, die bei jedem Spiel des 1. FC Köln keine Randnotiz

wert wären. Auch in Frankfurt oder Hamburg griff die Polizei sehr brutal ein und verhaftete Hunderte Jugendliche, während sie auf „friedlichen“ Demos wie in Düsseldorf mit Wasserwerfern und Tränengasrucksäcken zeigte, dass sie auf alles vorbereitet war. Gleichzeitig war ihnen der Schutz der Jugendlichen vor rechten Gegendemonstrant:innen recht egal.

Durch die Plünderungen in Frankfurt in der Nacht nach den Demonstrationen hatte die bürgerliche Staatsmacht dann endlich den Beweis dafür, dass aus den Protesten der Jugend nur „französische Verhältnisse“ entstehen können. Doch die eigentliche Gewalt geht nicht von den Jugendlichen aus, sondern von einem System, das ihnen durch Klimawandel und Armutsreformen jede Perspektive nimmt und stattdessen nur den Dienst im Krieg anbietet. Ein paar geplünderte Läden und brennende Mülltonnen sind nichts gegen die brutale staatliche Repression und die gewollte Armut, mit der der Kapitalismus über die Arbeiter:innenklasse herrscht – doch können aus ihnen auch nicht die organisierten Strukturen erwachsen, die wirklich das kapitalistische System abschaffen können. Wir dürfen uns nicht einlassen auf das Spiel der bürgerlichen Medien und Politik, uns in „gute“ und „böse“ Demonstrant:innen zu spalten. Wut und Rebellion sind gerechtfertigt! Aber wir müssen uns fragen, mit welcher Strategie wir die Bewegung wirklich stark machen können.



Mannheim, 31. 10. 2026

ler:innen und Studierende seit Wochen selbst, besetzen ihre Schulen und Unis und schaffen so die Grundlage für einen seit Wochen andauernden Protest, an dem längst nicht mehr nur die „GenZ“ teilnimmt. Sie warten nicht auf Gewerkschaften oder andere Vertretungsorgane sondern setzen selbst die Mobilisierungstermine und organisieren sich nicht nur vor Ort, sondern koordinieren sich regional und überregional und versuchen die Bewegung auf andere Bereiche auszuweiten. Denn wenn sich die Arbeiter:innenklasse dieser Organisierung anschließt, dann kann sogar perspektivisch der Kapitalismus überwunden werden.

In Deutschland sind es bisher meist linke Organisationen, die die Proteste planen und durchführen. Es ist gut, dass diese Initiativen ergriffen werden, wenn sie Gelegenheiten schaffen, dass sich noch nicht so politisierte Jugendliche (und auch Ältere) anschließen. Das gilt auch für die Blockade- oder Besetzungsaktionen, die zwischen den Demo-Aktionstagen die Bewegung am Laufen halten, wie beispielsweise an Schulen und Unis in Berlin oder Hamburg. Doch sollten diese niemals Selbstzweck sein, sondern immer die Möglichkeit geben, mehr Menschen zu erreichen und in die Bewegung einzubinden. Die Blockade an der Hamburger Uni ist ein erfolgreiches Beispiel: Die Polizei hatte die Blockierer:innen zunächst gekesselt und mit Räumung gedroht. Aber weil es zusätzlich zur Blockade eine Solidaritätskundgebung gab und die Studis mit Flyern auf den Hintergrund und die Forderungen der Aktion aufmerksam gemacht wurden, ist die Polizei nach ein paar Stunden unverrichteter Dinge abgezogen!

» Das gilt auch für die Blockade- oder Besetzungsaktionen, die zwischen den Demo-Aktionstagen die Bewegung am Laufen halten. Diese sollten niemals Selbstzweck sein, sondern immer die Möglichkeit geben, mehr Menschen zu erreichen und in die Bewegung einzubinden. «

Wie kann die Bewegung etwas erreichen?

Es kommt nicht auf möglichst radikale Aktionen an, sondern darauf, die Bewegung aufzubauen. Was die Proteste in Frankreich wirklich auszeichnet, sind eben nicht brennende Rathäuser und ein paar Besitzer:innen von neuen Schuhen. Dort organisieren sich Schü-

Wie weiter?

Die Bewegung muss sich selbst organisieren und strukturieren. Aktionskomitees oder wöchentliche Vollversammlungen, wie zum Beispiel an der FU in Berlin sind ein erster Ansatz dafür. Für den 20.11. sind nun wieder Proteste in ganz Deutschland geplant, gemeinsam mit den „Schulstreiks gegen Wehrpflicht“ am internationalen Jugendstreiktag. An manchen Orten will man aber nicht auf den 20. 11. warten und bereitet schon für den 14. 11. eine „Phase II“ der GenZ-Proteste vor. Dabei ist es wichtig, eine basisdemokratische, durch Vollversammlungen, Aktions- und Streikkomitees strukturierte Bewegung der Schüler:innen, Student:innen und Arbeiter:innen aufzubauen, die sich selber gegen die Angriffe durch Staat und Kapital verteidigen kann. Nur so können wir wirklich „französische Verhältnisse“ nach Deutschland bringen. ■

Jonas Schmidt, Mannheim
und Richard Lux, Berlin

Frankreich: Auf dem Weg zum Generalstreik

Die Wut ist nicht abgeklungen und die soziale Bewegung verzeichnet neue Höhepunkte. Am 5. November waren nach Schätzungen des Gewerkschaftsdachverbands CGT 1,6 Millionen Menschen bei einem landesweiten Streiktag auf der Straße! Offen bleibt die Frage, ob es der Bewegung gelingt, das Land durch einen langfristigen Generalstreik lahmzulegen?

Was als Schüler:innenprotest in den sogenannten Überseeterritorien und Banlieues (Vorstädte, die oft sozial abgehängt sind) anfing, ist längst zu einer umfassenderen Bewegung geworden. Zum 17. Oktober hatten die Gelbwesten dazu aufgerufen, acht Jahre nach dem Anfang ihrer Bewegung wieder auf die Straße zu gehen – gegen die Inflation und für bessere Löhne. Bei den folgenden Demonstrationen am 24. und 31. Oktober waren trotz Schulferien und Repression Massen auf den Straßen.

> »» Wenn die France Insoumise die Bewegung unterstützt, so will sie die Wahl Mélenchons bei der Präsidentschaftswahl 2027 als Lösung für die Proteste anbieten. […] Niemand hat der France Insoumise ein Mandat für eine solche Stellvertretungspolitik gegeben. ««

Zwischen Zuckerbrot und Peitsche

Aber nicht nur die Bewegung wächst, sondern auch die Repression und die Hetze gegen sie. Der 17. Oktober war auch in dieser Hinsicht ein Wendepunkt. Nächtliche Ausgangssperren wurden verhängt. Während jede Demonstration, die nicht von Gewerkschaften organisiert wurde, von Macron verboten wurde, wurden Bilder von Demonstrationen auch online weniger sichtbar. Selbst bei den gewerkschaftlichen Demonstrationen werden Demorouten immer wieder nur außerhalb der Innenstädte erlaubt. Und wenn Schüler:innen und Studierende vor Gericht erkämpfen, dass ihre Demonstration stattfinden darf, warten Dutzende Wasserwerfer und viele Tausende Robocops, die die Demonstration nicht durchlassen. Selbst am 5. 11. wurde bei der gewerkschaftlichen Demo die angemeldete Route in Toulouse mit Polizeigewalt verhindert. Gegen diese Methoden, die auf die Verbote palästinasolidarischer Demonstrationen zurückgreifen, müssen sich alle Aktivist:innen wehren und sie vor Gericht anfechten. Die Schüler:innen, Studierenden und Arbeiter:innen werden sich nicht einschüchtern lassen!

Die mediale Hetze, die sich gegen die Bewegung richtet, hat tödliche Folgen. Am 23. Oktober wurde in Trappes der 26-jährige Mann Pengo Bossio Wangi von einem Rechtsradikalen getötet, und fünf Personen wurden verletzt, darunter ein 12-jähriges Mädchen. Und das angeblich, um „Ladenbesitzer für die Plünderungen am 17. Oktober zu rächen". Dieses rassistische Massaker richtete sich gegen ein Arbeiter:innenviertel, das – wie viele andere auch – Ziel rassistischer Parolen ist, die darauf abzielen, die Arbeiter:innen, die dieses Land am Laufen halten, zu verunglimpfen und zu spalten. Bardella, der Vorsitzende des rechtsradikalen RN, hatte Trappes als „europäische Hauptstadt des Dschihad" bezeichnet. Le Pen vom RN, der konservative Präsidentschaftskandidat Retailleau und Macrons Gefolgsleute kotzen Tag und Nacht in den Sendern der Milliardär:innen ihren islamophoben Hass aus, der identitäre Spaltung schürt, um ihr System der sozialen Ausgrenzung und Ausbeutung besser zu schützen.

Die Repression und Hetze reichen allerdings nicht aus, um die Bewegung kleinzukriegen. So hat sich Macron am 28. Oktober entschlossen, einige Zugeständnisse anzukündigen, die aber von niemandem ernst genommen wurden. Unter anderem wird versprochen, *Parcoursup* (eine unfaire Studienplatzvergabeplattform) ab 2028 zu ersetzen – also ein Jahr nach der Präsidentschaftswahl! – und bis dahin „transparenter" zu machen. Aber nicht Teilaspekte dieser Plattform sind das Problem, sondern insgesamt der Wettbewerb zwischen Schüler:innen aus Eliteschulen und Banlieues … sie soll nicht „ersetzt" werden, sondern ab in die Mülltonne! Es werden auch mehr Lehrer:innen und 4 Milliarden für die Schulen versprochen, allerdings ohne die Kürzungen des



Paris, 17. 10. 2026, Demoblock der Schüler:innen-Koordination Paris><Vororte

letzten Jahrzehnts in Betracht zu ziehen. Vor allem darf es keine Verhandlungen geben, solange noch Schüler:innen wegen ihrer Beteiligung an der Bewegung in Gewahrsam sind oder verfolgt werden. Für die Freilassung aller Demonstrierenden!

» Koordinationen von Schüler:innen und Studierenden, die sich lokal und landesweit absprechen. Um eigenständig Demonstrationen sowie deren Ordner:innen zu organisieren, aber auch um den Weg zu den Betriebstoren zu finden und direkt Arbeiter:innen für einen gemeinsamen Kampf anzusprechen. «

Mit dem Ende der Herbstferien stellen sich neue Herausforderungen für die Bewegung. Während bürgerliche Medien anhand falscher Zahlen von Schulblockaden die Schüler:innenbewegung für tot erklärten, wird die polizeiliche Repression gegen Schulblockaden stärker. Einige (oft rechte) Eltern kommen auch vor Gymnasien, um die Blockaden selbst zu unterbinden. Schulleitungen greifen auf Aussperrungen zurück, um zu vermeiden, dass sich Schüler:innen in größerer Anzahl organisieren. Das stellt Schüler:innen vor die Herausforderung, neue Wege zu finden um ihre Proteste zu organisieren, statt tägliche Blockadedemonstrationen in den Schulhöfen oder nur einzelne Blockaden unter der Woche durchzuführen.

Verhandlungen und Wahlversprechen ...

Von Macron bis hin zur Tagesschau wird verbreitet, dass die Bewegung von der France Insoumise (französische Entsprechung zur Linkspartei) unter Jean-Luc Mélenchon unterwandert sei. Das ist eine dreiste Lüge, denn die Schüler:innen haben auf niemanden gewartet (und warten auch jetzt nicht), um auf die Straße zu gehen! Wenn die France Insoumise die Bewegung unterstützt und einige ihrer Bürgermeister:innen sich schützend den Polizist:innen in den Weg stellen, so machen sie das, um die Wahl Mélenchons bei der kommenden Präsidentschaftswahl 2027 als Lösung für die Proteste anzubieten. Seit Beginn der Bewegung pushen die Politiker:innen der France Insoumise einen Forderungskatalog mit zehn Forderungen und zehn zusätzlichen Milliarden für die Schulen, damit man sich an den Verhandlungstisch setzen könnte ... obwohl diese Forderungen nicht von den Schüler:innen kommen!

Zehn Milliarden reichen aber nicht aus, und niemand hat der France Insoumise und den Schüler:innengewerkschaften ein Mandat für eine solche Stellvertretungspolitik gegeben. Mélenchon bezeichnete die Bewegung in manchen Interviews als „Durcheinander“ und zeigte sich besorgt, dass eine solche Bewegung ihn Stimmen kosten könnte, „wie es 1968 geschah“ (nach dem Ausverkauf des Generalstreiks von Mai/Juni 1968 kassiertte die linken Parteien in Frankreich eine Wahlniederlage).

Auch die Gewerkschaftsdachverbände bieten der Bewegung keine ernsthafte Perspektive. Nachdem sie am 6. Oktober erst für den 5. November zu einem Streik aufgerufen hatten, haben sie für kommenden Montag ein Gipfeltreffen mit der Regierung vereinbart. Was danach von ihnen kommt, steht noch in den Sternen.

Selbstorganisierung und die Perspektive eines Generalstreiks

Umso notwendiger ist es, dass Schüler:innen, Studierende und Arbeiter:innen nicht auf Politiker:innen oder auf Aufrufe der Gewerkschaftsbürokratie warten. Denn für soziale Veränderungen können wir weder auf die nächste Präsidentschaftswahl warten, noch auf sie vertrauen. Es gibt nichts Besseres als die Straße und Streiks, um unsere Belange hörbar zu machen und durch unsere Zahl Druck aufzubauen.

Zum Glück sind schon solche Ansätze vorhanden: lokale und landesweite Koordinationen von Schüler:innen und Studierenden, die sich über Schulen und Unis hinweg absprechen. Um eigenständig landesweite Demonstrationen sowie deren Ordner:innen zu organisieren, aber auch um den Weg zu den Betriebstoren zu finden und direkt Arbeiter:innen für einen gemeinsamen Kampf anzusprechen. So gab es am 5. November Blöcke von Krankenhaus- und Postbeschäftigten sowie Autoarbeiter:innen im Block der Schüler:innen-Koordination Paris><Vororte. ■

Eva Ruth, Hamburg

Belgien: Es brodelt gegen die Spar-Orgie

Im Zuge der Proteste in Frankreich entstanden Anfang Oktober Schul- und Uniblockaden gegen Studiengebühren und marode Gebäude in Dutzenden von Städten in Belgien. Aber auch dort ist die Wut breiter: Sie richtet sich gegen eine Mitte-Rechts-Koalition, die trotz einiger interner Streitigkeiten Kürzungen in Höhe von zehn Milliarden für den Haushalt 2027 durchpeitschen will. Gekürzt werden aber nicht die Förderungen für Großunternehmen, die trotz ihrer riesigen Profite und Dividenden Massenentlassungen vornehmen, wie beispielsweise GSK (wo 1.200 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, obwohl 2024/25 zusammen 12,3 Milliarden Dividenden ausgeschüttet wurden). Gegen diese Pläne riefen die Gewerkschaftsverbände am 9. 10. zum Streik auf, dem sich Studierende und Schüler:innen angeschlossen haben. Auch da wird in erster Linie mit harter polizeilicher Repression und Forderungen, TikTok auszuschalten, reagiert. Am 17. und 24. 10. fanden erneut massive Demonstrationen statt. Am 17. 11. steht eine landesweite Schüler:innen- und Lehrer:innendemonstration an. Der nächste Generalstreik findet erst am 23. 11. statt. Wichtig ist es, dass die Schüler:innen und Studierenden eine Brücke mit den Arbeitenden aufbauen, unabhängig von der Gewerkschaftsbürokratie! ■

E. R.

Italien: Eine Streikwelle mit vielen Strudeln

Angesteckt durch die Proteste in Frankreich erheben sich auch in Italien wieder Hunderttausende Jugendliche und Arbeiter:innen. Sie machen ihrer Wut über Lebensmittel- und Benzinpreise, Rüstungsausgaben und den Zustand der Schulen Luft. Nach Streiks im Oktober wird nun für den internationalen Jugendstreik am 20. November mobilisiert, der mit einem landesweiten Streikaufruf der größten Gewerkschaft CGIL zusammenfällt. Welche Chancen und Probleme stellen sich bei der Mobilisierung?



Demonstration in Venedig am 30. Oktober, darunter viele Schüler:innen

Seit 2025 Streiks in verschiedenen Sektoren und von Jugendlichen in Solidarität mit Palästina das Land erschütterten, ist der Blick über die Alpen für Arbeitende mit Hoffnungen verbunden. Im Frühjahr 2026 musste die extrem rechte Regierung Meloni bei einer Volksabstimmung über eine Justizreform eine heftige Niederlage hinnehmen. Doch die Weigerung der großen Gewerkschaftsapparate, weitere Streiks zu organisieren, und die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung sorgten zunächst für eine Beruhigung... bis jetzt!

Viele Gewerkschaften, viele Streiks – aber auch viele Probleme

Während in Deutschland (DGB) und Österreich (ÖGB) mächtige Einheitsgewerkschaften die Bewegung weitgehend kontrollieren und Streiks zu oft verhindern, gibt es in Italien mehrere große Dachverbände (CGIL, CISL, UIL und deutlich kleiner USB) sowie zahlreiche regionale und branchenspezifische Basisgewerkschaften. Sie alle können zum (legalen) Streik aufrufen. So wird in Italien an vielen Tagen irgendwo gestreikt – allerdings mit unterschiedlicher Beteiligung. Nicht selten blockieren sich die Gewerkschaften gegenseitig oder streiken aus Eigeninteressen aneinander vorbei.

Das zeigte sich am 30. Oktober: Die USB, eine Gewerkschaft mit 250.000 Mitgliedern, die der stalinistischen, aber dynamischen Gruppe Potere al Popolo (Macht dem Volk) nahesteht, rief gemeinsam mit einigen Basisgewerkschaften zum landesweiten Generalstreik gegen Teuerung, Aufrüstung und für ein freies Palästina auf. Anlass war der internationale Protesttag der Hafenarbeiter:innen. Die große CGIL beteiligte sich bewusst nicht, obwohl sie für ähnliche Forderungen am 20. November zum Generalstreik aufruft. Während die USB etwa im Hafen von Genua durch Streiks ihre Stärke zeigen konnte, gingen andernorts, etwa in Venedig, vor allem Schüler:innen auf die Straße. In Ravenna hingegen war die CGIL gezwungen, sich dem Hafenstreik anzuschließen. Gleichzeitig mobilisierten Schüler:innen in ganz Italien zu Schulstreiks. In Rom, Mailand und Bologna kam es zu Blockaden – die Regierung hetzt gegen „linke Gewalt“, während ihre Bullen brutal vorgehen.

Die Jugend verbindet Kämpfe

Die Schüler:innenbewegung hat es in sich und schickt sich an, ihren französischen Kolleg:innen nachzueifern. Bereits beim Schulstreik am 16. Oktober mobilisierte sie ohne gewerkschaftliche Streikaufrufe Zehntausende. In vielen Schulen und Universitäten wird diskutiert, organisiert und Proteste vorbereitet. Es herrscht Offenheit für Ideen. Die Demonstrationen am 30. Oktober brachten gemeinsam mit den Streiks der USB mehrere hunderttausend Menschen mit Wut, Witz und viel Energie auf die Straße.

Die Schüler:innen haben gute Gründe: Die Regierung plant den Abbau von 4.925 Lehrer:innenstellen und 2.049 weiteren Stellen an Schulen. Das öffentliche Bildungssystem ist unterfinanziert, während gleichzeitig eine halbe Milliarde Euro an Privatschulen fließt. Im Oktober erließ Ministerpräsidentin Meloni zudem ein rassistisches Dekret gegen „Überfremdung“ in Klassenräumen. Gleichzeitig trifft die massive Teuerung die Jugendlichen und ihre Familien. Allein im Oktober stieg die Inflation auf 5,6 Prozent – den höchsten Wert seit Langem.

Die Proteste richten sich daher nicht nur gegen schlechte Schulen und rassistische Gesetze. Sie verbinden diese Kämpfe mit dem Widerstand gegen steigende Lebenshaltungskosten, Milliarden für die Rüstung und die westliche Komplizenschaft beim Genozid in Palästina. Gerade diese Verbindung unterschiedlicher Anliegen kann Kämpfe zusammenführen. Am 20. November wird sich zeigen, welche Kraft daraus entsteht. ■

7.11. 2026
Giacomo Pape, Venedig

Mehr über die Bewegung auf:
www.sozialismus.click

Österreich: Die Schockstarre ist durchbrochen

Seit Amtsantritt der konservativ-sozialdemokratisch-liberalen Regierung vor anderthalb Jahren herrschte trotz der aggressiven Kürzungspolitik ziemliche Flaute bei sozialen Bewegungen. Die Regierung inszeniert sich als einzige Alternative zur FPÖ an der Macht. Das wird von den Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und bis weit in die Linke hinein mitgetragen. Auch die Sparpolitik wird als alternativlos angesehen.

Die Gewerkschaften haben ohne Kampfmaßnahmen und teils sogar ohne längere Verhandlungen Nulllohnrunden, Reallohnverluste und Mehrjahresabschlüsse akzeptiert. Immerhin sitzen einige Gewerkschaftsspitzen auch im Parlament und stimmen dort den Kürzungsplänen zu. Mit ihrer Kontrolle über die Betriebsräte in den Betrieben spielt die Sozialdemokratie eine überaus nützliche Rolle für die herrschende Klasse. Sie verhindert Arbeitskämpfe und ermöglicht das Abwälzen der kapitalistischen Krise auf die Arbeiter:innen.

Die steigende Unzufriedenheit und die Perspektivlosigkeit der Jugend lassen sich jedoch nicht dauerhaft unterdrücken. Das zeigen die jüngsten Bewegungen. Am 9. Oktober gab es in mehreren Städten einen Schulstreik gegen das seit September geltende Kopftuchverbot für unter 14-jährige Mädchen. Alleine in Wien protestierten mindestens 2.000 Schüler:innen, viele zum ersten Mal. Eine Woche später meldete sich Fridays for Future mit einer starken Demonstration (rund 10.000 Teilnehmer:innen) gegen die Klimapolitik zurück. Seit Monaten gibt es Proteste für eine bessere Finanzierung der Universitäten, seit dem 20. Oktober eine Besetzung an der Akademie der bildenden Künste. Zwei Tage später beteiligten sich zehntausende Studierende und Mitarbeiter:innen von Universitäten an Demonstrationen. Über die einzelnen Anlässe hinaus verbinden sich diese Proteste teilweise mit einer grundsätzlichen Kritik an der Militarisierung, mit internationaler Solidarität und mit der Forderung nach einer Zukunft für die Jugend.

Auch wenn der Oktober mit einer eher kleinen „Gen-Z regelt“-Demonstration in Wien zu Ende ging, hat die Jugend in Österreich gezeigt, dass mit ihr zu rechnen ist. Für die revolutionäre Linke geht es nicht nur darum, solche Kämpfe zu organisieren, sondern auch darum, eine politische Ausrichtung auf die Arbeiter:innenklasse und die Überwindung des Kapitalismus zu bieten. ■

Florian Weissel, Wien

Serbien: Wahlsieg der „Studentska lista“ Jetzt endlich Demokratie?

Am 25. Oktober gewann die „Studentska lista“ die Wahl in Serbien. 53,4 % der 6,6 Millionen Einwohner:innen wählten sie. Die Niederlage von Vučićs Parteiapparat und seiner Serbischen Fortschrittspartei wurde mit Jubel gefeiert.

Die Bewegung entstand Ende 2024, nachdem das Vordach eines Bahnhofs eingestürzt war. Zunächst forderte sie Aufklärung, und prangerte bald auch die allgemeine Korruption an.

Viele junge Serb:innen zieht es nach Westeuropa. Die Bewegung erklärte dazu: „Wir sind Studierende, die in Serbien bleiben wollen. Aber wir werden keinen Grund haben zu bleiben, wenn sich die Dinge nicht grundlegend ändern.“

Mit Märschen durch das ganze Land, auch in kleineren Städten, trugen sie ihren Protest in die Bevölkerung.

Mit der Kandidatur für die Wahl 2026 zeigt sich jedoch ein Widerspruch: Obwohl die Liste unter dem Namen „Studentska lista“ antritt, kandidieren keine Student:innen. Stattdessen besteht sie ausschließlich aus Akademiker:innen.

EU und ihre Interessen

Was die frisch gewählte Regierung erreichen kann, ist eine andere Frage. Die EU hat längst eigene Interessen in Serbien. 2024 unterzeichnete Scholz eine Rohstoffpartnerschaft, die den Zugang zu serbischem Lithium sichern sollte. Auch die serbische Wirtschaft ist stark von europäischen Banken geprägt. Bei der Modernisierung des Stromnetzes ist die Deutsche Bank beteiligt, die Zinsen werden in Euro gezahlt. Zudem hat Serbien mit der EU gemeinsame Grenzschutzeinsätze vereinbart.

Die Zukunft der neuen Regierung

Die Studentska Lista besteht bewusst aus neuen Gesichtern. Doch wie wollen sie langfristig durchhalten und die Verwaltung des Systems übernehmen? Wie können sie sich gegen die Vetternwirtschaft behaupten und dem aggressiven Kapitalismus der EU und Russlands widersetzen?

Die nötige Kraft dafür besitzen die Arbeiter:innen. Das Programm der Studentska Lista, etwa Maßnahmen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, oder auch die Erhöhung des Uni-Budgets um 20 % wird sich nicht ohne Streiks durchsetzen lassen. ■

Lorenz Wassier, Berlin

Spanien wird explodieren

Seit Wochen gibt es in Spanien massive Proteste gegen die Wohnungsnot und die immer weiter steigenden Mieten. Ausgelöst wurden sie durch die Zwangsräumung einer älteren Dame in Madrid. Allein in Madrid gingen bis zu 500.000 Menschen auf die Straße. Es wurden viele Protestcamps errichtet, unter anderem an der Puerta del Sol in Madrid. Zu Hochzeiten beteiligten sich dort 1.200 Menschen am Camp.

Nach etwas mehr als einem Monat, am 3. November, wurde das Camp nachts gewaltsam von rund 400 Polizisten geräumt. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch etwa 334 Menschen dort.

Den Aktivistis innerhalb der Bewegung ist schon lange klar, dass keine sozialdemokratische Reform ihre grundlegenden Forderungen erfüllen kann: bezahlbarer Wohnraum für alle, ein Ende befristeter Mietverträge und ein Ende der Spekulation mit Wohnraum durch große Konzerne.

Vom Protest zur Organisierung

Während die Regierung Neuwahlen für den 29.11. ausgerufen hat, bereiten sich Aktivisti, Studis und Arbeitende auf einen Generalstreik vor. Am 11.11.2026 wird es in Spanien den ersten Generalstreik seit 2012 geben.

Die Bewegung beschränkt sich längst nicht mehr auf das Hauptthema Wohnen. In einer bereits auf Hochtouren laufenden Bewegung wurden Forderungen nach besserer öffentlicher Bildung problemlos integriert. Das lag nicht zuletzt an bereits bestehenden Strukturen.

Unsere Genossis (von IZAR - Izquierda Anticapitalista Revolucionaria) in Granada beteiligen sich beispielsweise seit einigen Jahren aktiv am Aufbau einer permanenten Studierendenversammlung an ihrer Universität. Als die Proteste losgingen, gab es also bereits Strukturen, über die sofort Aktionen organisiert werden konnten.

Der Aufbau solcher Strukturen ist essenziell für das scheinbar spontane Gelingen von Kämpfen. Was nach außen wie eine spontane Mobilisierung wirkt, baut häufig auf jahrelanger Organisierungsarbeit auf. Da das Thema Wohnen ohnehin auch unter Studierenden eine große Rolle spielt, dauerte es nicht lange, bis auch in Granada ein Protestcamp entstand.

Generell ist in Spanien der Anteil der jungen Erwachsenen, die noch bei ihren Eltern leben, europaweit mit am höchsten. So leben 67,2 % der 18- bis 34-Jährigen noch bei ihren Eltern.

Darüber hinaus brachte ein schreckliches Zugunglück am 28. Oktober, bei dem 69 Menschen starben, das Fass zum Überlaufen. Die „linke“ Regierung ist mit dafür verantwortlich, dass zeitgleich mit der Privatisierung des Fernverkehrs das Schienennetz und das Personal immer mehr vernachlässigt wurden. Bereits im Januar starben bei einem Crash im Fernverkehr 48 Menschen. Die Bahngewerkschaften haben zusätzlich zum Generalstreik für den 10., 12. und 17. 11. zu Streiks aufgerufen.

Wohin mit der Wut?

Doch auch in Spanien sind die großen Gewerkschaften eng an die Sozialdemokratie gebunden. Sie machen Wahlkampf und versuchen gleichzeitig zu verhindern, dass die Wut auf die regierenden linken Parteien zu groß wird. Währenddessen reiben sich Rechte und Konservative die Hände angesichts der wachsenden Wut auf Sánchez und Co.

Jetzt kommt es darauf an, die Trauer und Wut in gemeinsame Organisierung und entschlossenen Widerstand zu übersetzen. Denn grundlegende Veränderung entsteht nicht in den Parlamenten, sondern im gemeinsamen Kampf. ■

7. 11. 2026
Hanna Latz, Berlin

Mehr über die Bewegung auf:
www.sozialismus.click

Protestwelle breitet sich von Frankreich und Albanien nach Griechenland aus

In Griechenland gingen an zwei großen Protesttagen Zehntausende meist junge Leute in ungefähr 50 Städten auf die Straße. Am 21.10. waren es allein in Athen 20.000 Schüler:innen und Studierende, zusammen mit vielen Lehrkräften und Ärzt:innen. Einer der am meisten gehörten Slogans war „Von Griechenland bis Frankreich, wir wollen staatliche kostenlose Bildung“. Man konnte auch Pappschilder mit dem aus Frankreich bekannten Spruch „Studieren oder überleben“ sehen. Am 5. 11. gab es wieder Proteste. Neben Forderungen nach Finanzierung der Schulen und Universitäten und Festeinstellung von qualifiziertem Personal steht die Mietenkrise im Zentrum der Proteste. Arbeiter:innenfamilien und Studierende leiden unter der Mietenexplosion, während die Löhne noch immer auf dem Niveau von 2009 stagnieren.



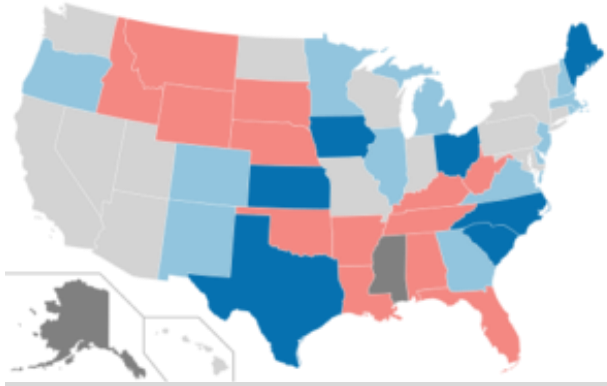
Transparent einer Studierendengewerkschaft: „Von Frankreich nach Griechenland, die Flamme der Kämpfe überquert die Grenzen, Kampf für kostenlose staatliche Bildung, die Jugend wird über den Weg entscheiden“ – Athen, 21. 10. 2026

USA: Trump wurde in den Midterm-Wahlen abgewählt, doch nun kommt es auf die Bevölkerung selbst an

Auf der ganzen Welt schauen Menschen gerade gespannt nach Amerika.
Dies ist ein übersetzter und gekürzter Artikel von unserer Schwesterorganisation „Speak Out Now“:

Diese Woche fanden die Midterms statt, und die Demokraten werden nun im Januar die Kontrolle übernehmen. Die Ergebnisse stellen eine klare Ablehnung der Politik der Trump-Regierung durch die Bevölkerung dar — ein deutliches Bekenntnis gegen die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE), Kürzungen bei den Sozialleistungen, den Krieg im Iran; die explodierenden Lebenshaltungskosten und das Chaos, das die Trump-Regierung ausgelöst hat.

Ein genauerer Blick auf einige der Ergebnisse zeigt, wie massiv der Widerstand gegen Trump und die Republikaner ist, selbst in traditionell eher republikanisch geprägten Gebieten. So wählte beispielsweise Kansas, eine langjährige Hochburg der Republikaner, seinen ersten demokratischen Senator seit 1932. Dies ist keine Überraschung, da Kansas einen der größten Anstiege des durchschnittlichen Benzinpreises im ganzen Land verzeichnet hat – mit einem Anstieg von 53 % seit Beginn des Iran-Kriegs. In anderen Gegenden wie Texas schwenkten Bezirke mit lateinamerikanischer Mehrheit, die 2024 für Trump gestimmt hatten, deutlich zurück zu den Demokraten. Diese Ergebnisse wurden erzielt, obwohl die Republikaner Milliarden von Dollar in diese Wahlkämpfe gesteckt hatten und trotz der Bemühungen der Republikaner, die Wahlbeteiligung zu unterdrücken und falsche Behauptungen über Wahlbetrug zu verbreiten



Ergebnisse der Wahlen zum US-Senat:
In Dunkelblau die Bundesstaaten, die von den Demokraten hinzugewonnen wurden, in Hellblau und Hellrot die Staaten, in denen die Machtverhältnisse erhalten blieben.

Diese Ergebnisse zeigen einen weit verbreiteten Widerstand gegen die Trump-Regierung und die soziale und wirtschaftliche Lage, mit der wir konfrontiert sind. Aber wir müssen uns dennoch darüber im Klaren sein, was auf uns zukommt und was die Demokraten tun oder nicht tun werden.

Die Trump-Regierung arbeitet daran, einen Militärhaushalt von rund 1,5 Billionen Dollar für das nächste Jahr zu verabschieden. Auch wenn einige Demokraten vielleicht Einwände gegen diese Zahl äußern, unterstützen sie dennoch hohe Militärhaushalte, und viele sind nicht gegen den Krieg gegen den Iran oder den anhaltenden Völkermord im Gazastreifen. Die Demokraten haben keine Lösung, um die Benzinpreise zu senken, die seit dem US-Krieg gegen den Iran in die Höhe geschossen sind. Die Wahrheit ist, dass die Demokratische Partei durch ihre Kontrolle über den Kongress zwar in gewissem Maße in der Lage sein wird, Teile von Trumps Agenda zu blockieren oder zu vereiteln, aber sie hat keine Lösungen für die Vielzahl sozialer Krisen, mit denen wir konfrontiert sind. Trump hat gegenüber den Medien bereits offen erklärt, dass er beabsichtigt, die Befugnisse von Exekutivverordnungen und dem präsidialen Veto zu nutzen, um die demokratische Kontrolle über den Kongress zu umgehen.

> Darin liegt unsere wahre Stärke: im kollektiven, massiven Handeln der arbeitenden Menschen.

Das bedeutet: Auch wenn diese Wahl eine breite Opposition gegen die Trump-Regierung und ihre Politik zeigt, werden nicht die Demokraten und der Kongress die treibende Kraft sein, die sich dagegen wehrt.

Deutlicher als bei der massiven ICE-Razzia, die im vergangenen Januar in Minnesota durchgeführt wurde, hätte dies nicht zum Ausdruck kommen können. Es waren nicht der demokratische Bürgermeister von Minneapolis oder der demokratische Gouverneur, die sich dem ICE-Terror auf den Straßen entgegenstellten. Es war der massive, organisierte Widerstand der arbeitenden Menschen in der gesamten Region. In einem Stadtteil nach dem anderen konnte die ICE keinen Schritt tun, ohne beobachtet, verfolgt und auf der Straße konfrontiert zu werden, was schließlich in einem Massenstreiktag gipfelte, an dem über hunderttausend Menschen teilnahmen.

Darin liegt unsere wahre Stärke: im kollektiven, massiven Handeln der arbeitenden Menschen. Die Demokraten unterstützen sicherlich viele der politischen Maßnahmen der Trump-Regierung nicht, aber sie vertreten dasselbe System, das die Interessen von Milliardären und Unternehmensgewinne über die Interessen der arbeitenden Menschen stellt. ■

To read the original text in full length:

Die Linke Berlin: Sparhaushalt, aber sozial?!

Über einen Monat nach den Wahlen in Berlin sind nun Linkspartei, Grüne und SPD offiziell in Koalitionsverhandlungen eingetreten. Grundlage sind Sondierungsgespräche, in deren Vorfeld sich die Partei Die Linke (PDL) schon auf weitreichende Zugeständnisse eingelassen hatte. [1]

Dass die Unterwerfung unter die palästinafeindliche Staatsräson nicht einfach nur auf dem Papier steht, zeigt der Umgang mit der Neuköllner Abgeordneten Vedi Emde, die kurz vor einem Ausschluss aus der PDL-Fraktion im Abgeordnetenhaus steht. Ihre Vergehen: Sie besteht darauf, einen Völkermord auch als solchen zu bezeichnen und sie erkennt kein Existenzrecht von Staaten an, sondern nur das von Menschen; sie tritt für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen im Nahen Osten ein, ohne jüdische Vorrechte oder Apartheid …

Um den moralischen Druck zu erhöhen, wurde noch an den *Spiegel* geleakt, dass die Berliner Spitzenkandidatin Elif Eralp und ihre Familie angeblich Angst vor propalästinensischen Aktivisten haben müssten.

ein ‚Gesetz zur Überführung von Wohnimmobilien in Gemeineigentum dem Abgeordnetenhaus zur Verabschiedung' vorlegen – erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland! Das ist ein historischer Erfolg […]!"

Am Ende gab es nur wenige Gegenstimmen gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.

Ein historischer Erfolg, wirklich?

Ein Erfolg war 2021, dass über 59 % der Berliner:innen für „Deutsche Wohnen und Co enteignen" gestimmt haben, den Volksentscheid, der alle Immobilienkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen vergesellschaften wollte und der damals unter Mitwirkung der Linkspartei verschleppt wurde. Jetzt verspricht die Partei, dass alles viel besser wird – doch der Teufel steckt im Detail:

> Die Linkspartei-Führung um Elif Eralp ist weiterhin fest entschlossen zu regieren – koste es, was Grüne und SPD wollen.

„Alle anderen wollen regieren"… die Linkspartei auch

Die PDL-Führung um Eralp ist weiterhin fest entschlossen zu regieren (koste es, was Grüne und SPD wollen) und bekam von der Parteibasis am 31. 10. grünes Licht. Beim Berliner Parteitag wurden die Sondierungsgespräche als Erfolg verkauft: „[…] bis Mitte 2028 werden wir

Die Konzerne sollen nun jeweils 10.000 Wohnungen behalten dürfen. Dann stellt sich die Frage, wann überhaupt vergesellschaftet werden soll: „Das Gesetz tritt […] erst ein Jahr nach Verkündung in Kraft. […] Es] sind fiskalische Risiken für den Haushalt des Landes Berlin sowie rechtliche Risiken zu minimieren bzw. auszuschließen."



29. 10. 2026, hohle Worte des Koalitionsverhandlungs-Teams (PDL, Grüne, SPD) an die Streikenden der Charité

Dieses juristische Kauderwelsch bedeutet, dass am Ende alles ganz anders kommen kann, weil das Geld fehlt. Denn Berlin hat schon jetzt laut Medienangaben ein Defizit von fast 5 Mrd. Euro. Dazu Eralp: „Wir sind davon überzeugt, dass wir eine solide, langfristige Haushaltsstrategie aufsetzen werden, wo wir […] auch eben langfristig konsolidieren müssen." Vor dem Hintergrund hatte die PDL-Vorsitzende Ines Schwerdtner schon im Oktober angekündigt, dass auch nach der Vergesellschaftung die Mieten weiter (!) steigen werden!

Schöne Worte für Streikende

Bei einer Streik-Kundgebung der Charité-Beschäftigten[2] am 29. 10. verpackten die künftigen Koalitionär:innen nichtssagende Inhalte möglichst nett. Tobias Schulze von der Linkspartei sagte: „Wir wollen einen neuen Tarifvertrag Entlastung." Aber das will die Charité-Leitung auch. Mit massiven Verschlechterungen zum jetzigen Tarifvertrag. Doch darauf wurde nicht eingegangen. Und so können die Worte Eralps auf derselben Kundgebung – „Wir stehen an eurer Seite, so wie die ganzen letzten Jahre" – durchaus als Drohung aufgefasst werden. Denn 2021 musste der Tarifvertrag Entlastung mit einem über einmonatigen Streik erkämpft werden – gegen die Landesregierung unter Einschluss der Linkspartei.

Die Linken in der Linken

Es gab ein paar Hundert Protestierende vor dem Landesparteitag, der die Koalitionsgespräche beschlossen hat. Aber die innerparteilichen Kräfteverhältnisse sind klar zum Ausdruck gekommen. Und gerade angesichts der aktuellen Jugendbewegung ist es wirklich eine Verschwendung kostbarer aktivistischer Energien, wenn revolutionäre Kräfte sich in innerparteilichen Auseinandersetzungen in einer vollkommen reformistischen Partei verausgaben! ■

Richard Lux, Berlin

Fußnoten:

1 Siehe dazu den Artikel: www.sozialismus.click/linkspartei-in-berlin-hoffnung-oder-sackgasse/

2 Mehr Infos zum Streik unter: www.sozialismus.click/heute-ist-kein-arbeitstag-heute-ist-streiktag/

NAZA

NAZA ist ein Dokumentarfilm der israelischen Filmemacher:innen Yuval Abraham und Rachel Szor über das Vorgehen des israelischen Militärs in Gaza. „NAZA“ bezeichnet eine Kennzahl aus dem israelischen Militär- und Geheimdienstapparat: die Zahl ziviler Todesopfer, die bei einem Angriff einkalkuliert oder bewusst in Kauf genommen werden (das umfasst auch Kleinkinder und Babys).

Der Dokumentarfilm basiert auf Interviews mit 24 israelischen Soldat:innen und Angehörigen des Sicherheitsapparates. Sie berichten über ihre Beteiligung an der Kriegsführung in Gaza: über die Planung von Angriffen, die Auswahl von Zielen, Bombardierungen und Tötungen. Die Gespräche finden auf Dächern in Tel Aviv statt. Dazwischen zeigt die Kamera Wohnhäuser, Straßen und die Menschen, die dort leben. Immer wieder sind Sirenen, Explosionen und die Lichter abgefangener Raketen am Himmel zu sehen. Der Kontrast zur Situation in Gaza ist offensichtlich.

Wer sich bereits mit dem Genozid in Gaza beschäftigt hat, wird im Film wenig grundsätzlich Neues erfahren, da vieles durch Recherche veröffentlicht wurde. Es ist aber nochmal eine andere Wirkung, wenn man die Beteiligten selbst sprechen hört. Ihre Aussagen zeichnen das Bild eines umfassenden Systems: die systematische Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur, die Vertreibung der Bevölkerung, die gezielte Tötung von Zivilist:innen und die Inkaufnahme zahlloser weiterer Opfer als sogenannte „Kollateralschäden“. Der Film verweist zudem auf Berichte über gezielte Erschießungen von Menschen, die auf Hilfslieferungen warteten, sowie auf die Blockade dringend benötigter Hilfsgüter.

Besonders eindrücklich zeigt NAZA den gigantischen Überwachungsapparat, dem die palästinensische Bevölkerung ausgesetzt ist. Bewegungsdaten, Kommunikationsinhalte und der Zugriff auf Mobiltelefone liefern die Grundlage für eine nahezu lückenlose Kontrolle. Interviewte berichten, wie sie während Angriffen live mithörten, wie Menschen starben und Angehörige um ihre Familien weinten.

>> Nach diesem Film kann jedenfalls niemand behaupten, nicht zu wissen, was in Gaza geschieht oder die Realität der genozidalen Kriegsführung in Zweifel ziehen. Es sind die Beteiligten selbst, die offenlegen, was hier passiert und wie ein Genozid durchgeführt wird. <<

Ein zentrales Thema im Film ist der Einsatz von künstlicher Intelligenz. Algorithmen analysieren Kontakte, Telefonate und Bewegungsmuster, um mutmaßliche Hamas-Mitglieder zu identifizieren. Laut den im Film genannten Angaben liegt die Trefferquote bei etwa 85%. Wurde eine Person markiert, folgte die Planung ihrer Tötung. Je höher ihre vermutete Position, desto höher die akzeptierte „NAZA“, die bewusst einkalkuliert wurde. Wie gut es die KI wirklich schafft, Hamas-Mitglieder zu identifizieren, ist letztendlich bedeutungslos. Dieser Einsatz von KI ist letztendlich nur eine Rechtfertigungsstrategie für das massenhafte Töten der Zivilbevölkerung und der Zerstörung von Wohn- und Krankenhäusern.

Diese Dokumentation zeigt die ideologische Rechtfertigung des Genozids. Manche Soldat:innen verwenden wortwörtlich die gleichen Argumente für ihre Handlungen, wie sie aus anderen Genoziden und Kriegsverbrechen bekannt sind: „Ich habe nur Befehle ausgeführt.“ und „Wenn ich es nicht getan hätte, hätte es jemand anders getan.“

Die Interviewten gehen dabei durchaus unterschiedlich mit dem Erlebten um. Einige haben mit der Armee gebrochen. Andere wirken, als würden sie erst im Gespräch begreifen, woran sie beteiligt waren. Wieder andere verteidigen ihr Handeln offen. Besonders eindringlich ist die Aussage eines ehemaligen Soldaten, der als Kind Holocaust-Gedenkstätten besucht hatte. Damals habe er sich gefragt, wie Menschen an einem derart grausamen Verbrechen beteiligt sein konnten. Nach seinen Erfahrungen in Gaza, sagt er, habe er verstanden, wie so etwas möglich ist. Dann stellt er die Frage: „Die Nazis waren böse. Aber was bin ich dann?“

Der Film macht deutlich, wie umfassend, systematisch, geplant und brutal das Vorgehen der IDF in Gaza ist. Hier ist nicht etwas „schief gelaufen“, sondern der laufende Genozid ist die Fortsetzung der zionistischen Politik: eine beständige reale und ideologische Militarisierung der israelischen Gesellschaft, die sich ausweitende Besatzung palästinensischer Gebiete sowie beständige Vertreibung, Unterdrückung und Entrechtung von Palästinenser:innen.

Nach diesem Film kann jedenfalls niemand behaupten, nicht zu wissen, was in Gaza geschieht oder die Realität der genozidalen Kriegsführung in Zweifel ziehen. Es sind die Beteiligten selbst, die offenlegen, was hier passiert und wie ein Genozid durchgeführt wird. ■

Johannes Wolf, Wien

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/WIRmachenDRUCK
Verantw. Redakteur: Klaus Kirschner, Friedastr. 5, 10317 Berlin

VERANSTALTUNGEN

BERLIN

19:00 Uhr | Mehringhof, Gneisenaustr. 2A

Mi, 18. 11. Die USA nach den Midterm-Wahlen (mit Aktivisti aus den USA)

19:00 Uhr | BAVUL, Annenstraße 13

Do, 26. 11. „On vient pour la visite" (Doku über einen Streik von illegalisierten migrantischen Arbeiter:innen, fr. mit dt. UT, im Anschluss Diskussion mit einem Streikaktivisten)

DÜSSELDORF

11:45 Uhr | Heinrich-Heine-Universität

Do, 19. 11. Kundgebung GenZ-Proteste

Save the date! Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben

Di, 24. 11. Stadtrundgang zum Tag gegen Gewalt an FLINTA

HAMBURG

14:00 Uhr | Edmund Siemers Allee 1

Do, 26.11. Demonstration für die Ausfinanzierung der Hochschulen

WIEN

19:00 Uhr | Amerlinghaus, Stiftgasse 8

Mi, 18. 11. Die USA nach den Midterm-Wahlen (mit Aktivisti aus den USA)

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich
www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net